Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 172 (2006)

Heft: 7-8

Artikel: Eine stabile Nation braucht eine gemeinsame Vision

Autor: Jenatsch, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-70478

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine stabile Nation braucht eine gemeinsame Vision

Ein Beitrag der DEZA zur Verfassungsdebatte

■ Thomas Jenatsch *

Seit zehn Jahren unterstützt die Schweiz den Wiederaufbau von Bosnien und Herzegowina. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich der guten Regierungsführung. Das im vergangenen Jahr lancierte Projekt «Plattform Bosnien und Herzegowina» beteiligt Bürgerinnen und Bürger an der Debatte über Verfassungsänderungen und stösst auf breites Echo.

Bosnien und Herzegowina leidet an seiner Verfassung. Sie schreibt die Trennung des Staates in zwei relativ autonome politische Entitäten fest. Der übergeordnete Zentralstaat ist nur mit schwachen Kompetenzen ausgerüstet, was die zügige Umsetzung von Reformen erschwert. Rund 60 % der öffentlichen Mittel werden für die Verwaltung mit ihren zahlreichen Parallelstrukturen eingesetzt. Experten sind sich einig, dass sich mit der aktuellen Verfassung, die in aller Eile zur Beendigung des Krieges ausgearbeitet wurde, kein Staat machen lässt.

Schweizer Föderalismus als Modell?

Doch welche Alternativen gibt es? Diese Frage steht im Zentrum des Projektes «Plattform Bosnien-Herzegowina», das im April 2005 von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zusammen mit der schweizerischen Botschaft in Sarajevo lanciert wurde. In Zusammenarbeit mit einer lokalen Zeitung aus Banja Luka wurden in Mostar, Bijelina, Tuzla und anderen bosnischen Städten öffentliche Diskussionsveranstaltungen organisiert, an denen Bürgerinnen und Bürger zu möglichen Verfassungsänderungen Stellung nehmen konnten. Dabei ging es um Fragen, zu deren Lösung die Schweiz aufgrund ihrer eigenen Geschichte einen besonderen Beitrag leisten kann: namentlich um direkte Demokratie, Föderalismus und die wirtschaftliche und soziale Integration von Regionen und Minderheiten. Dem Projekt liegt der Gedanken zugrunde, dass Bosnien eine Zukunftsvorstellung braucht, welche bosnische Kroaten, Serben und Muslime gleichermassen einbindet. Denn eine stabile Nation braucht eine gemeinsame Vision.

So haben viele Leute erkannt, dass die wirtschaftliche Einheit von Bosnien-Herzegowina eine wichtige Voraussetzung für die europapolitische Integration des Landes ist. Das Projekt hat das Interesse der Öffentlichkeit geweckt, weil es die bosnischen Akteure selbst ins Zentrum stellt. Änderungen am bosnischen Gesellschaftsvertrag können nicht bloss von oben verordnet, sondern müssen von unten mitgetragen und gelebt werden, damit sich die Realität nachhaltig verändert.

Die Sicht von unten ist gefragt

Die Schweiz fördert mit dem Projekt «Plattform Bosnien-Herzegowina» die Dialogkultur in der Verfassungsfrage und leistet damit indirekt auch einen Beitrag zur Nationenbildung, die in Bosnien und Herzegowina noch nicht abgeschlossen ist. Dieser Herangehensweise liegt die eigene, schweizerische Erfahrung der Nationenbildung zugrunde: Im 19. Jahrhundert hatten die französischsprachige und die italienischsprachige Minderheit erkannt, dass es ihnen in einem schweizerischen Gesamtstaat besser geht, denn als blosser Annex von Frankreich oder Italien.

Das Projekt «Plattform Bosnien-Herzegowina» ergänzt sinnvoll das Engagement der Schweiz im Wirtschafts- und Sozialbereich. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) haben in den vergangenen zehn Jahren in Bosnien-Herzegowina rund 230 Mio. Euro investiert. Unmittelbar nach dem Krieg standen die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau der Infrastruktur im Vordergrund. Die Instandstellung von Strom- und Wasserleitungen und der Bau von Schulen und Spitälern erleichterte die Integration der rückkehrenden Kriegsflüchtlinge und verbesserte das Los der ansässigen Bevölkerung. Aus der Schweiz kehrten zwischen 1996–1999 über 15 000 Bosnierinnen und Bosnier in ihre Heimat zurück. Ende der Neunzigerjahre wurde die Nothilfe von langfristigen Programmen abgelöst, welche die Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft zum Ziel haben.

Zusammenarbeit über die internen Grenzen hinweg

Die schweizerische Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina definiert für 2004–2008 drei prioritäre Aktivitätsbereiche. Die Wirtschaftsentwicklung, vor allem die KMU, sollen gefördert werden, lokale Institutionen auf Gemeindeebene gestärkt und Reformen im Gesundheits- und Sozialbereich unterstützt werden. Zurzeit finanzieren DEZA und SECO rund zwei Dutzend Aktionen in diesen Schwerpunktbereichen. Die Projekte im Bereich der Wasserversorgung, der Gesundheit, der Gemeindeentwicklung und in der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen verbessern die Situation der Bevölkerung ganz konkret. Sie sind so angelegt, dass die Kooperation zwischen den Teilrepubliken gefördert wird. So trägt die Zusammenarbeit der Schweiz mit Bosnien und Herzegowina auch zur Stärkung der gesamtbosnischen Nation bei. ■

* Thomas Jenatsch, EDA/DEZA, 3003 Bern.